Mitteilungsvorlage
Nr. 175/2025

[X] öffentlich [ ] nicht öffentlich

Bürgerservice und soziale Leistungen
Simone Esser
02463/9954-313
simone.esser@titz.de

Fachbereichsleitung: Michael Müller

Datum: 13.11.2025

Unterbringungssituation geflüchteter Menschen in der Landgemeinde Titz

Empfehlung:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Termin	Beratungsfolge
04.12.2025	Ausschuss für Soziales und Integration
11.12.2025	Rat

Sachverhalt

I.

Verteilstatistik geflüchteter Personen mit Wohnsitzauflage

Aktuell hat die Landgemeinde eine offene Aufnahmeverpflichtung von 58 Personen mit Wohnsitzauflage (Stand: 9. November 2025).

II.

Verteilstatistik nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Unabhängig von der Verteilstatistik zur Wohnsitzauflage ist die Aufnahmequote nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) zu beachten. Hierbei handelt es sich um den Personenkreis, der sich noch in einem laufenden Asylverfahren befindet. Die Aufnahmeverpflichtung dieses Personenkreises ist stets deutlich volatiler. Sie liegt zum 7. November 2025 bei 48 Personen. In der Sitzung des Fachausschusses kann die Verwaltung bei Bedarf über die dann aktuelle Aufnahmequote informieren.

III.

Der sogenannte Familiennachzug verschiedener Familienverbände bedeutet die Einreise per Visa in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Zuzüge finden in keiner Statistik Berücksichtigung. Gleichwohl sind diese Personen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit durch die Landgemeinde unterzubringen und belegen damit den der Landgemeinde Titz zur Verfügung stehenden Wohnraum. Neben bereits verschiedenen zurückliegenden Familienzuzügen sind der Landgemeinde Titz aktuell keine weiteren Personen über den Familiennachzug angekündigt.

Die aktuelle und „wohnortscharfe" Unterbringungssituation geflüchteter Menschen stellt sich derzeit wie folgt dar:

Ortschaft	Bevölkerung (Melde-register)	Geflüchtete Menschen (aktuell)		Unterbringungskapazität (maximal)	
		absolut	Anteil an der Bevöl-kerung	absolut	Anteil an der Bevöl-kerung
Ameln	772	15	1,94 %	17	2,20 %
Bettenhoven	39	0	0,00 %	0	0,00 %
Gevelsdorf	303	13	4,30 %	25	8,25 %
Hasselsweiler	725	27	3,72 %	38	5,24 %
Höllen	505	6	1,19 %	22	4,36 %
Hompesch	143	0	0,00 %	0	0,00 %
Jackerath	1.043	51	4,89 %	74	7,09 %
Kalrath	157	0	0,00 %	0	0,00 %
Mündt	12	0	0,00 %	0	0,00 %
Müntz	609	0	0,00 %	0	0,00 %
Opherten	387	0	0,00 %	0	0,00 %
Ralshoven	113	0	0,00 %	0	0,00 %
Rödingen	1.444	73	5,06 %	83	5,75 %
Sevenich	23	0	0,00 %	0	0,00 %
Spiel	181	15	8,29 %	16	8,84 %
Titz	2.858	44	1,54 %	49	1,71 %
Insgesamt	9.314	244	2,62 %	384	3,48 %

Folgende Entwicklungen tragen zu dieser Unterbringungssituation bei:

- Auf der Grundlage des mit der BIDU gefassten Kompromisses erfolgte im Ortsteil Ameln mit Vertragszeitende (30. Juni 2025) der Rückbau der vorhanden Wohncontaineranlage, da diese den Charakter einer „Gemeinschaftsunterkunft" aufwies; nach dem Kompromiss sind Unterbringungsformen als Gemeinschaftsunterkunft definiert, bei denen mindestens zwölf nicht miteinander verwandte oder persönlich verbundene Personen z.B. Küche und/oder sanitäre Einrichtungen gemeinsam benutzen. Gemäß Ratsbeschluss vom 21. November 2024 soll die vorhandene Anlage zurückgebaut und an selber Stelle eine Kaufanlage (unterhalb der Schwelle „Gemeinschaftsunterkunft", also mit separierten Wohneinheiten) mit einer Kapazität von rund 60 bis 70 Plätzen neu errichtet werden. Die Baugenehmigung hierfür könnte seitens der Verwaltung kurzfristig beantragt werden. (Anmerkung: In der Tabelle auf der nachfolgenden Seite ist die abgängige Anlage berücksichtigt, der Neubau einer zukünftigen Anlage jedoch noch nicht.)

- Der Bauantrag für den Neubau einer doppelstöckigen Wohncontaineranlage mit Platz für rund 108 Menschen mit separaten Wohneinheiten (also keine „Gemeinschaftsunterkunft") im Ortsteil Titz wurde bereits im Dezember des letzten Jahres eingereicht. Die Baugenehmigung wurde zwischenzeitlich erteilt, so dass die Lieferung und Aufstellung der Anlage nunmehr auch beauftragt wurde; Baubeginn hier war die 42. Kalenderwoche. Eine Inbetriebnahme der Anlage erfolgt voraussichtlich zu Beginn des neuen Jahres.
- In der Ortschaft Gevelsdorf wurde eine Immobilie (ehemaliges Altenheim) mit späterer Kaufoption angemietet. Der Rat der Landgemeinde hat in seiner letzten Sitzung den Ankauf beschlossen, der notarielle Vertrag wurde jedoch bislang noch nicht beurkundet. Hier wäre kapazitätsmäßig grundsätzlich zwar eine Unterbringung von bis zu 25 Personen möglich, unter Beachtung des erwähnten BIDU-Kompromisses jedoch eine ggf. etwas geringere Zahl, da ansonsten die Aufnahme geflüchteter Menschen in Relation zur Bevölkerungszahl der Ortschaft Gevelsdorf den im BIDU-Kompromiss vereinbarten Korridor übersteigt. Vor Erstbezug hat die Verwaltung eine Bauvoranfrage an den Kreis Düren gerichtet, um die Zulässigkeit der Immobilie für die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft zu klären. Hier liegt nun eine positive Rückmeldung vor. Die Belegung der Immobilie ist zwischenzeitlich erfolgt.

Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen ergibt sich zukünftig folgende ortsteilscharfe Verteilstatistik:

Ortschaft	Bevölkerung (Melde-register)	Geflüchtete Menschen (aktuell)		Unterbringungskapazität (demnächst)	
		absolut	Anteil an der Bevöl-kerung	absolut	Anteil an der Bevöl-kerung
Ameln	772	15	1,94 %	17	2,22 %
Bettenhoven	39	0	0,00 %	0	0,00 %
Gevelsdorf	303	13	4,29 %	25	8,33 %
Hasselsweiler	725	27	3,72 %	38	5,04 %
Höllen	505	6	1,19 %	24	4,69 %
Hompesch	143	0	0,00 %	0	0,00 %
Jackerath	1.043	51	4,89 %	74	7,07 %
Kalrath	157	0	0,00 %	0	0,00 %
Mündt	12	0	0,00 %	0	0,00 %
Müntz	609	0	0,00 %	0	0,00 %
Opherten	387	0	0,00 %	0	0,00 %
Ralshoven	113	0	0,00 %	0	0,00 %
Rödingen	1.444	73	5,06 %	83	5,64 %
Sevenich	23	0	0,00 %	0	0,00 %
Spiel	181	15	8,29 %	16	8,65 %
Titz	2.858	44	1,54 %	152	5,32 %
Insgesamt	9.314	244	2,62 %	427	4,58 %

Den vorstehenden Tabellen kann entnommen werden, dass derzeit 244 Personen mit Fluchthintergrund in der Landgemeinde leben. Aktuell wurden der Landgemeinde einige Neuzuweisungen bzw. Neuankömmlinge für die kommenden zwei Wochen (nach Erstellung der Sitzungsvorlage) angekündigt. Da jedoch seit der letzten Mitteilung deutlich mehr Menschen die Landgemeinde verlassen haben als Neuzuweisungen erfolgt sind, ist die absolute Zahl der untergebrachten geflüchteten Menschen gegenüber der letzten Sitzungsrunde leicht gesunken.

Unabhängig davon wird angemerkt, dass derzeit in der Ortslage Rödingen in einer separaten Wohnung drei obdachlose Personen untergebracht sind. Zudem werden dort weitere Plätze für mögliche Obdachlosenfälle vorgehalten.

IV.

<u>Sachstand zur Realisierung weiterer Flüchtlingsunterkünfte</u>

Unter Berücksichtigung der zukünftigen Unterbringungskapazitäten ergibt sich die nachfolgende tatsächliche Verteilung der der Landgemeinde Titz zugewiesenen geflüchteten Menschen in den Ortschaften sowie die Abweichung der sich hieraus ergebenden „Idealverteilung" beim Ziel einer zur jeweiligen Bevölkerungszahl vorzunehmenden proportional gleichmäßigen Verteilung:

Ortschaft	Bevölkerung (Melde-register)	Unterbringungskapazität (demnächst)		Idealverteilung	
		absolut	Anteil an der Bevöl-kerung	Sollzahl	Abweichung
Ameln	772	17	2,20 %	35	-18
Bettenhoven	39	0	0,00 %	2	- 2
Gevelsdorf	303	25	8,25 %	14	11
Hasselsweiler	725	38	5,24 %	33	5
Höllen	505	22	4,36 %	23	-1
Hompesch	143	0	0,00 %	7	- 7
Jackerath	1.043	74	7,09 %	48	26
Kalrath	157	0	0,00 %	7	- 7
Mündt	12	0	0,00 %	1	-1
Müntz	609	0	0,00 %	28	- 28
Opherten	387	0	0,00 %	18	- 18
Ralshoven	113	0	0,00 %	5	- 5
Rödingen	1.444	83	5,75 %	66	17
Sevenich	23	0	0,00 %	1	- 1
Spiel	181	16	8,84 %	8	8
Titz	2.858	152	5,32 %	131	21
Insgesamt	9.314	427	4,58 %	427	0

Folglich sind in den Ortschaften Müntz und Opherten die nächsten kommunalen Unterbringungskapazitäten zu realisieren. Für diese beiden Ortschaften stellen sich die Bemühungen um den Aufbau entsprechender Aufnahmemöglichkeiten wie folgt dar:

- Mit dem Bauordnungsamt des Kreises Düren wurde die Realisierung einer Wohnanlage mit einer Aufnahmekapazität von bis zu maximal 32 Personen (mit separaten Wohneinheiten (also keine „Gemeinschaftsunterkunft")) im Ortsteil Müntz erörtert. Hierfür wurde bereits im Dezember 2024 ein Bauantrag gestellt; hiernach stellte sich jedoch heraus, dass das Grundstück durch eine tektonische Störung belastet ist und auch eine eventuelle Genehmigung für eine Gewässerkreuzung für das Abwasser erforderlich wäre. Eine Baugenehmigung mit den entsprechenden Hinweisen/Nebenbestimmungen liegt nunmehr vor.
- Für die Realisierung einer Wohnanlage (ebenfalls mit separaten Wohneinheiten (also keine „Gemeinschaftsunterkunft")) für maximal 18 Personen im Ortsteil Opherten (Standort neben der Feuerwehrgarage) liegt zwischenzeitlich eine Baugenehmigung vor.

Für die beiden zuvor genannten Standorte könnte nunmehr grundsätzlich das Vergabeverfahren zur Errichtung der Baukörper gestartet werden. Auch müsste zeitnah der Netzanschluss wegen der bekannten Zeitschiene beantragt werden. Vor dem Hintergrund der sich derzeit etwas entspannter darstellenden Zuweisungssituation hat die Verwaltung entsprechende Aktivitäten jedoch zurückgestellt.

V.

Einführung einer Bezahlkarte

Die Landgemeinde begrüßt grundsätzlich die Einführung der Bezahlkarte. Der Städte- und Gemeindebund NRW wirbt ebenfalls für die Umsetzung. Nach Implementierung der Bezahlkarte in den Landeseinrichtungen, wurde nunmehr auch schrittweise in den Kommunen mit dem Einführungsprozess begonnen. Jedoch gibt es hierzu noch verschiedene offene rechtliche Fragen sowie Klärungsbedarf in der Umsetzungspraxis. Das Ministerium hat Anfang Dezember zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, in der der fachliche Austausch stattfindet und die Prozesse erörtert werden. Die Verwaltung wird möglicherweise in einer kommenden Sitzungsrunde eine weitere Sitzungsvorlage zu diesem Thema entwerfen und gegebenenfalls den Beschluss zur Einführung vorschlagen.

VI.

Hinweis an die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher

Aufgrund des Beschlusses des Rates der Landgemeinde Titz vom 22. Juni 2023 auf der Basis der seinerzeitigen Sitzungsvorlage Nr. 112/2023 können die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, die dem zuständigen Fachausschuss nicht angehören, in dem von der Verwaltung erstellte Sitzungsvorlagen über die jeweils aktuelle Zuweisungssituation beraten werden, an den jeweiligen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Gegebenenfalls kann die Verwaltung in der Sitzung des Fachausschusses bzw. Rates der Landgemeinde zu den verschiedenen Punkten weiter berichten.

Haushaltsrechtliche Stellungnahme

Sachverhalt enthält finanzielle Auswirkungen	☒ ja	☐ nein
Kämmerer ist einverstanden	☒ ja	☐ nein

Jürgen Frantzen